



Ikonologie der „Flüchtlingskrise“ 2015/16

26. Januar 2016



*Briefbote am Diensteingang des Bundeskanzleramtes;
Foto: tagesschau.de; Webeintrag 2016.*

Flüchtlingspolitik ist Symbolpolitik - diesem Grundsatz folgt die CSU in ihrer beispiellosen, die Grundlagen der eigenen Regierungsbeteiligung untergrabenden Kontroverse mit der Bundeskanzlerin über Obergrenzen und Zuwanderungsbeschränkungen für Asylbewerber auch unter Anwendung von Formen des Justiziarischen. Einem Gerichtsvollzieher vergleichbar, der einen amtlichen, Widersprüche ausschließenden richterlichen Beschluss zustellt, überbringt ein Bote im Auftrag der CSU am 26. Januar 2016 im Bundeskanzleramt einen Brief, der die Standpunkte der CSU zur Flüchtlingspolitik Angela Merkels schriftlich zusammenfasst.

Dieser symbolpolitische Schritt löst in der Öffentlichkeit vielfältige Kommentare über die Regierungsfähigkeit der großen Koalition bzw. besorgte Appelle der CDU, z.B. durch CDU/CSU-Bundestagsfraktionsvorsitzenden Volker Kauder, an die „Schwesterpartei“ aus. Der Vorsitzende der Bundestagsfraktion der SPD Thomas Oppermann spricht sogar von einer "Ankündi-

gung des Koalitionsbruchs" - eine Sichtweise, die sich nicht zuletzt aus der seltsamen Kommunikationsverweigerung ergibt, die ein Brief im Zeitalter von Internet, Twitter und Facebook oder auch nur mit Blick auf die täglichen und stündlichen Begegnungen von Verantwortlichen der großen Koalition in Berlin bedeutet. Nicht der im Grunde bekannte Inhalt des Briefes, sondern das "Einschreiben" als Form sorgt für die nächste Eskalationsstufe.

Diese "Renaissance des Briefes" (Tina Hassel, Tagesschau 26. Januar 2016) begleitet seit längerem die innerparteilichen Querelen in der CDU um die Flüchtlingspolitik Angela Merkels. Deren Verweigerung einer nationalstaatlichen "Lösung" der Flüchtlingsproblematik zugunsten einer globalpolitischen Strategie scheinen Parteifreunde mit dem Charakter einer konservativen Volkspartei nicht vereinbaren zu können. Im Unterschied zu diesen so genannten "Brandbriefen" der vergangenen Wochen und Monate, die sich zumeist als "Stimmungsbilder der Basis" begreifen oder die "Sorgen" auf unteren Entscheidungsebenen spiegeln sollen, ist das "Einschreiben" der CSU vom 26. Januar 2016 das letzte mögliche Symbol der Entfremdung. Diesem Signal kann als Steigerung nur noch der offene Bruch von CDU und CSU in Form der von Seehofer seit längerem angedrohten Klage vor dem Bundesverfassungsgericht gegen Angela Merkel folgen.

Die Entschlossenheit zu diesem Schritt ist die Botschaft des Mediums Brief als eines Rechtssymbols.

Im Gleichklang dazu lässt Seehofer auf einer Pressekonferenz am 26. Januar bezüglich dieses Briefes in Verkennung des Asylrechts und bereits getroffener Vereinbarungen wissen, dass die Haltung der CSU in der Flüchtlingsfrage auf nichts anderes ziele als auf die "Einhaltung von Recht und Ordnung".

Jörg Probst